



Regierungsrat ist gegen «Time-out»-Klassen

Die Berner Kantonsregierung möchte keine speziellen Klassen für Schülerinnen und Schüler, die vom Unterricht ausgeschlossen wurden. Für diese Kinder und Jugendliche brauche es individuelle Lösungen, betont der Regierungsrat in seiner Antwort auf einen Vorstoss. Im Kanton Bern können Kinder und Jugendliche, die den Schulbetrieb erheblich beeinträchtigen, für maximal zwölf Wochen pro Jahr ganz oder teilweise vom Unterricht ausgeschlossen werden. Diese als «Time-out» bezeichnete Massnahme gilt als «Ultima Ratio», also als letztes mögliches Mittel.

Daniel Steiner-Brütsch (EVP, Langenthal) und Monika Gygax-Böninger (BDP, Obersteckholz) verlangen in ihrem Vorstoss, dass der Kanton Bern spezielle Klassen für die betroffenen Schülerinnen und Schüler in einem Pilotprojekt testet. Denn oft sei es nicht einfach, die ausgeschlossenen Kinder und Jugendlichen sinnvoll zu beschäftigen. Für jedes betroffene Kind müsse eine individuelle Lösung gesucht werden.

«Negative Gruppendynamik»

Gerade diese Suche nach einer individuellen Lösung sei wichtig, hält der Regierungsrat fest. Der befristete Ausschluss müsse eine Besinnungsphase sein. Mit einer blossen Versetzung in eine Spezialklasse, wie sie in der Motion verlangt wird, bestehe dagegen die Gefahr, dass sich die gleichen Muster wieder abspielen. Die Bündelung von Kindern und Jugendlichen mit sozialen Auffälligkeiten in einer solchen Klasse könnte ausserdem eine negative Gruppendynamik auslösen. Schliesslich wären die vorgeschlagenen Tagesstrukturen sehr teuer, befürchtet die Kantonsregierung. Sie empfiehlt dem Parlament deshalb, den Vorstoss abzulehnen. (sda)